



München, 25. März 2015

Pauschale Diffamierung statt realistischer Weiterentwicklungsimpulse Bauernverband kritisiert Gutachten des „Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik“ scharf

München (bbv) – Heute hat der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik dem Bundeslandwirtschaftsministerium ein Gutachten zur Zukunft der Nutztierhaltung in Deutschland übergeben. Der Bayerische Bauernverband kritisiert vehement die Einschätzung des Beirats, der die heutigen modernen Haltungsbedingungen pauschal als nicht zukunftsfähig bezeichnet und fordert, dass Tierhalter sich besser qualifizieren und intensiver kontrolliert werden müssten. „Das ist ein Schlag ins Gesicht unserer gut ausgebildeten und verantwortungsbewussten Tierhalter“, sagte Bauernpräsident Walter Heidl.

Die Nutztierhaltung hat sich stets weiterentwickelt. Gerade die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte haben auch für die Tiere erhebliche Verbesserungen mit sich gebracht. Moderne Ställe bieten mehr Licht und Platz sowie besseres Klima und stehen daher insgesamt für einen höheren Tierkomfort. Gleichwohl nehmen der Bayerische Bauernverband und die bayerischen Tierhalter die Diskussion über die Tierhaltung ernst und sind zu einem sachlichen und realistischen Dialog bereit – mit den Bürgern und mit der Wissenschaft. Umso enttäuschender ist es jedoch, dass das Gutachten in seiner Analyse und seinen Empfehlungen grundlegende Defizite aufweist. Zentrale Herausforderungen und Fragen bleiben unberücksichtigt bzw. unbeantwortet. „Wir vermissen Ansätze, die unsere unverzichtbare Wettbewerbsfähigkeit erhalten und auch mit der Praxis und der Realität des Marktes vereinbar sind“, sagt Isabella Timm-Guri, Tierhaltungsexpertin des Bayerischen Bauernverbandes. In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage, ob der Beirat in seiner Zusammensetzung die richtige Instanz für ein solches Gutachten sei, da nur wenige der Beiratsmitglieder im Schwerpunkt mit Tierhaltung befasst sind. So wird mit dem Gutachten der Eindruck erweckt, sämtliche Veränderungen – auch der Verzicht auf nicht-kurative Eingriffe – seien nur eine Frage des Willens und der Bereitschaft, Mehrkosten oder Mindererlöse hinzunehmen. Fakt ist jedoch, dass es zum Beispiel beim Kürzen der Ferkelschwänze trotz intensiver Forschungen in bundesweit über 20 Projekten nach wie vor keine gangbare Alternativen gibt, um das äußerst schmerzhafte Schwanzbeißen zu vermeiden.

Auch die Realität am Ladenregal wird nicht berücksichtigt. Produkte mit Tierwohl-Label konnten sich bislang nicht am Markt durchsetzen, weil zwischen den Aussagen und dem Handeln vieler Verbraucher leider eine erhebliche Lücke klafft. Die Wirtschaft einschließlich des Bauernverbandes hat daher schon vor über zwei Jahren begonnen, eine tragfähige Branchenlösung zu erarbeiten. Ergebnis ist die Initiative Tierwohl, die am 1. Januar 2015 gestartet ist. Für jedes Kilogramm Fleisch oder Wurst, das bei den großen Supermarktketten gekauft wird, werden vier Cent an die „Initiative Tierwohl“ weitergegeben. Insgesamt 255 Millionen Euro werden so in den kommenden drei Jahren an Landwirte ausbezahlt, die in ihren Ställen für noch mehr Tierwohl sorgen.